

"Spanien lehnt das EWG-Stufensystem für die Landwirtschaft ab, akzeptiert jedoch die Möglichkeit von Übergangsfristen" in El País (22. März 1984)

Legende: Am 22. März 1984 analysiert die spanische Tageszeitung El País die Haltung Spaniens in den Verhandlungen über die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Gemeinsamen Markt.

Quelle: El País. 22.03.1984. Madrid. "La respuesta agrícola de España a la CEE rechaza el sistema de etapas, pero acepta la posibilidad de períodos de transición", auteur:Ortega, Andrés.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/spanien_lehnt_das_ewg_stufensystem_fur_die_landwirtschaft_ab_akzeptiert_jedoch_die_moglichkeit_von_ubergangsfristen_in_el_pais_22_marz_1984-de-bed06438-ed1e-4fd3-8659-de281e2b4c72.html



Publication date: 08/08/2016

Spanien lehnt das EWG-Stufensystem für die Landwirtschaft ab, akzeptiert jedoch die Möglichkeit von Übergangsfristen

ANDRÉS ORTEGA — Brüssel

Der Staatssekretär für die Beziehungen zur EWG, Manuel Marín, erläuterte gestern den Zehn die spanische Antwort auf die Erklärung der EWG zum Kapitel Landwirtschaft. Marín selbst gab zu, dass verglichen mit der anfänglichen Haltung Spaniens vom Januar 1982 wenig Neues hinzugefügt worden sei und dass nun eine Verhandlungsstrategie „des Möglichen“ folge. Obwohl das spanische Dokument im Prinzip das Stufensystem für die Integration der Landwirtschaft ablehnt, wird unter einem Bausch von technischen Vorschriften die Möglichkeit einer wirklichen Verhandlung mit der EWG eröffnet, indem unterschiedliche Übergangsfristen für die Integration der Landwirtschaft grundsätzlich akzeptiert werden. Trotz der Krise des EG-Gipfels in Brüssel gehen die Verhandlungen zwischen Spanien und der Gemeinschaft weiter.

Spanien äußert sich in diesem Dokument nicht über die Länge der Übergangszeit (die EWG hat zehn Jahre angeboten), obwohl es die Möglichkeit einer über den fraglichen Zeitraum hinaus verlängerten Dauer für einige Themen wie die endgültige Annäherung der Preise oder das Überwachungs-System der Handelsbeziehungen einräumt. Die spanische Regierung verlangt, dass beim Beitritt alle derzeitigen Benachteiligungen der billigeren spanischen Exporte in die EWG aufgehoben werden, und schlägt niedrigere Preise vor. Außerdem fordert es, dass die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Stellung zum Thema Olivenöl bezieht, und lehnt es ab, eine ausschließlich für Spanien geltende besondere Kontrollregelung für die Produktion von Wein zu akzeptieren. Außerdem verlangt die spanische Regierung Zugang zu allen Strukturfonds der EWG in dem für die Entwicklung bestimmter spanischer Wirtschaftssektoren wichtigen Bereich.

Spanien sieht einige positive Punkte in der Erklärung der EWG, darunter insbesondere das System für die Überwachung der Handelsbeziehungen im Agrarhandel zwischen Spanien und der Gemeinschaft. Aber es fordert ein ausgewogenes System. Und falls die EWG die spanischen Obst- und Gemüseimporte zu behindern sucht, will Spanien, dem Prinzip der Ausgewogenheit folgend, in gleicher Weise die Importe von Agrarerzeugnissen aus der Gemeinschaft (Milch- und Getreideerzeugnisse, Fleisch u.a.), dem schwächsten Sektor Spaniens, beschränken. So der Tenor des Dokuments, das verfasst wurde, um das Angebot der Gemeinschaft ausgewogener zu gestalten.

Spanien, das auf der allmählichen und gegenseitigen Öffnung der Märkte besteht, akzeptiert, dass Sensibilitäten auf beiden Seiten bestehen und verlangt, „ein sich langsam steigendes Tempo für den Import von sensiblen Produkten am Anfang der Übergangsperiode“ beibehalten zu können. Dies öffnet die Tür zu differenzierten Übergangsphasen, da die EWG, sollte sie Spanien dieses System zubilligen, das gleiche Tempo für die spanischen Obst- und Gemüseexporte verlangen wird. An dieser Stelle bleibt das Dokument beim Möglichen, obwohl Spanien „einen einheitlichen Übergangszeitraum ohne Unterbrechung“ verlangt. Die EWG bot ein System nach Phasen oder Stufen für die Integration der spanischen Landwirtschaft an, welches Spanien ablehnte.

Spanien wird wie ein Drittland behandelt

In einer ersten Phase, die nach dem Vorschlag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vier Jahre dauern soll, fänden Obst und Gemüse keinen Zugang zum wirklichen Herzen des Gemeinsamen Marktes, dem Garantiefonds für die Preise. Spanien lehnt diese Drittland-Behandlung ab und sucht in dieser Interventionsregelung der EG eine progressive Angleichung.

Frankreich ist zu dieser Konzession bereit, nicht jedoch die nördlichen Länder. Die Ausgaben wären für die EWG anfangs nicht übermäßig hoch, da die Preise für die meisten Produkte in Spanien niedriger sind. Am Anfang verfügt Spanien nur über 6 % des Systems der Erzeugerorganisationen, die notwendig sind, um die gemeinsame Agrarpolitik anzuwenden. In dem Dokument wird darauf hingewiesen, dass der Zugang zu den Interventionsfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Ansporn zur Entwicklung dieser Organisationen wäre.

In Bezug auf die Preise nimmt die spanische Regierung eine widersprüchliche Haltung ein. Sie möchte die Einkommen der spanischen Landwirte erhöhen, aber einen schnellen Anstieg der Inflation verhindern. Daher wäre die Annäherung der spanischen Preise an die EG-Preise am Anfang – und besonderes während der ersten beiden Wirtschaftsjahre – langsamer als am Ende des Übergangszeitraums.

Bei der gestrigen Verhandlungssitzung, bei der einzelne offene Fragen gelöst werden konnten, wurde das Kapitel Euratom abgeschlossen, und es wurden beim Kapitel der Patente Fortschritte erzielt. Bis Juni ist nicht zu erwarten, dass die Gemeinschaft erneut Haltung bezieht. Aber die Verhandlungen gehen voran. Marín unterstreicht die drei Grundsätze des Gleichgewichts, der langsamen Angleichung und der Gegenseitigkeit.

Der Beitritt verselbständigt sich

Marín fand das Scheitern des Gipfels „schade“, da er „einen eher psychologischen als wirkungsvollen Impuls für die Verhandlung“ erwartet hatte. Man befinde sich hingegen „in der paradoxen Situation, dass das *Dossier* des Beitritts sich verselbständigt und ein eigenes Tempo gegenüber den internen Problemen der EWG einschlägt, obwohl es von diesen beeinflusst wird“.

In einer Pressekonferenz erklärte der Präsident der Europäischen Kommission, Gaston Thorn, dass das Scheitern des Gipfels „die Verhandlungen mit Spanien nicht verzögern, aber auch nicht beschleunigen wird. Die gespaltene Haltung der Gemeinschaft erleichtert nichts.“

Thorn erläuterte, dass es beim 30. September bleibe, um die Verhandlungen abzuschließen, und dass auch an der Verbindung zwischen dem Beitritt Spaniens und Portugals sowie den neuen Finanzmitteln für die EWG festgehalten werde. „Und man weiß, wie sehr die EWG diese neuen Mittel benötigt. Es liegt nicht in unserem Interesse, dies bis zum *Nimmerleinstag* zu verschieben.“

Auf der anderen Seite zeigte sich der Kommissionspräsident der von François Mitterrand angekündigten Initiative gewogen, jene EWG-Mitglieder zu versammeln, die „Europa retten wollen“, und besonders „diejenigen, die sich ein Europa wünschen, das auf den Römischen Verträgen beruht“.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 22. März 1984 unter der Rubrik Wirtschaft. Autor: Andrés Ortega.